

16. Juli 2015

Morgenmagazin: Es soll jetzt möglicherweise ein drittes Hilfspaket geben. Mindestens 85 Milliarden ist die Summe, die im Raum steht. Kommt das eigentlich alles aus Ihrem Rettungsschirm?

Klaus Regling: Nein. Und die Summe ist auch nicht mindestens, sondern höchstens 85 Milliarden Euro. So hat sich der Gipfel am Wochenende geeinigt. Und ich erwarte, dass aus dem Rettungsschirm davon nur ein großer Teil kommt, vielleicht 50 Milliarden. Denn an dem Rettungspaket beteiligt ist auch der Internationale Währungsfonds, wir kennen die genaue Summe noch nicht. Es werden Privatisierungserlöse auch Teil dieses Pakets sein. Und ich erwarte auch, dass in diesem Drei-Jahres-Zeitraum – dieses dritte Paket soll ja über drei Jahre laufen – dass im Rahmen dieser drei Jahre auch Zugang zu den Märkten wieder gelingt für Griechenland, wenn die Reformen umgesetzt werden. Das ist nicht unrealistisch, denn vor einem Jahr, als damals die Reformen funktionierten, war Griechenland ja auch in der Lage, sich Geld am Kapitalmarkt wieder zu borgen.

Morgenmagazin: Also, Sie gehen also davon aus, dass der ESM 50 Milliarden zahlen muss. Jetzt haben Sie 80 Milliarden echtes Geld, also Einlagen von Ihren Mitgliedern. Ist es zu stemmen, dann 50 Milliarden auszugeben?

Klaus Regling: Ja, dieses eingezahlte Kapital – 80 Milliarden von unseren Mitgliedsstaaten – das benutzen wir nicht zur Kreditvergabe, sondern das dient zur Absicherung unserer Anleihen. Wir begeben Anleihen am Markt und mit dem Geld vergeben wir dann Kredite, so wie das auch bei Irland, Spanien und Portugal gemacht haben. Das ist das Konzept. Also, das eingezahlte Kapital selbst wird nicht benutzt. Insgesamt könnten wir noch 450 Milliarden Euro an neuen Krediten vergeben. Insofern: Die Größe des Rettungsschirms reicht auf jeden Fall für dieses dritte Griechenlandpaket, wenn es denn beschlossen wird.

Morgenmagazin: Dann gibt es noch eine andere Frage und an der hängt es, ob der Rettungsschirm aktiv wird. Sie dürfen eigentlich nur aktiv werden, wenn – und so heißt es in den Regularien – eine Gefahr für die Stabilität der Eurozone besteht. Besteht denn so eine Gefahr? Ist die Eurozone instabil durch die Griechenlandkrise?

Klaus Regling: Das ist richtig, das ist eine Voraussetzung. Darüber ist geredet worden, erst bei den Euro-Finanzministern am Wochenende, dann beim Gipfel. Die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission haben dargelegt, auch schriftlich, das wird auch dem Bundestag übermittelt werden, dass nach ihrer Meinung in der Tat ein Risiko besteht für die Finanzmarktstabilität. Man muss einfach sehen: Wenn Griechenland kein drittes Hilfspaket

bekommen sollte, und noch stehen wir ja am Anfang dieses Prozesses, die Parlamente müssen zustimmen, dann werden die Verhandlungen erst beginnen, wenn das alles scheitern sollte, dann wird das griechische Bankensystem zusammenbrechen. Und die vier größten griechischen Banken sind systemrelevante Banken. Die werden auch von der europäischen Bankenaufsicht beaufsichtigt. Und wenn hier die vier größten systemrelevanten Banken eines Landes nicht mehr funktionieren, dann hat das schwerwiegende Auswirkungen nicht nur für Griechenland selbst, dort hat das natürlich katastrophale Auswirkungen, sondern auch für den Euroraum insgesamt.

Morgenmagazin: Aber das, was Sie jetzt gerade sagen, widerspricht doch den Äußerungen, die wir die ganze letzte Woche gehört haben, nämlich dass ein möglicher Zusammenbruch griechischer Banken und ein möglicher Ausstieg der Griechen für den Euro verkraftbar ist. Also haben Herr Schäuble und alle anderen Politiker, die das gesagt haben, uns belogen?

Klaus Regling: Nein, so würde ich das nun auf keinen Fall sehen. Es ist sicher richtig, und das ist auch oft gesagt worden, dass anders als vor fünf Jahren, als die Eurokrise begann, damals auch mit Griechenland, heute andere Gefahren bestehen. Damals war die Gefahr von Domino-Effekten. Wenn es keine Hilfsaktionen für Griechenland gegeben hätte, dann die Krise sehr schnell übergreifen können auf andere Länder im Euroland. Diese Gefahr ist heute nicht mehr da, weil andere Länder ihre Hausaufgaben gemacht haben. Die stehen heute stärker da. Wir wissen ja, dass Länder wie Spanien, Portugal, Irland heute die höchsten Wachstumsraten haben in ganz Europa. Sie stehen strukturell gesünder da. Deshalb: Dieser Domino-Effekt ist nicht mehr da. Aber die Problematik, die sich über die griechischen Banken ergeben kann, das ist ein Problem, dem wir begegnen sollten. Das steht am Ausgangspunkt dieser Verhandlungen jetzt. Und es ist ein ganz wichtiger Punkt im griechischen Hilfspaket, dass die Banken rekapitalisiert und umstrukturiert werden.